

## **Wir dürfen Afghanistan nicht vergessen!**

Pressemitteilung Matteo zum Jahrestag der Machtübernahme der Taliban

Vor einem Jahr überrannten die Taliban Kabul. Wir bekamen viele panische Anrufe und Hilferufe von Menschen, die akut bedroht waren. Noch am selben Tag hatte ich Kontakt mit einer jungen Lehrerin, die auf der Straße mit ihren Kolleginnen von einem Talibantrupp aufgegriffen, beschimpft und bedroht wurde. Es war berührend, und wir waren schon da hilflos. Kurz darauf gab es viele Notrufe, einem hohen Offizier, der für die Amerikaner gearbeitet hatte und mit der Familie im Keller festsaß, von Menschen, die für die Deutschen Safe Houses, angeblich sichere Unterkünfte für bedrohte Ortskräfte eingerichtet hatten, und nun selbst bedroht waren. Und aus Deutschland abgeschobene unbescholtene Afghanen meldeten sich in großer Angst.

Wir hatten zuvor Hunderte von Afghanen in Bayern und Sachsen vor Abschiebungen bewahrt in einem großen Netzwerk, das bis heute existiert. Noch im Juli, als die Taliban schon das halbe Land besetzt hatten, hatte Seehofer ein Flugzeug nach Kabul geschickt. Auch aus diesem Flieger konnten wir mehrere junge Männer heraushalten.

Es gab keine Worte der Reue der politisch Verantwortlichen für diese Abschiebungen in erkennbare Lebensgefahr oder aus dem Bamf für die vielen falschen Asylbescheide, die Afghanen trotz der bekannten Sicherheitslage den Schutz verweigerten.

Die Erstanerkennungsquote durch das Bamf lag um die 40%. Alle Berichte über die Gefährdung in Afghanistan wurden ignoriert. Im derzeitigen Untersuchungsausschuss spielt das (noch?) keine Rolle.

Die vielen Zusagen und Versprechungen der Evakuierung von Ortskräften oder besonders bedrohten Menschen wurden von der deutschen Regierung nicht eingehalten. Von hunderten Fällen, die wir über einen Notfallkontakt an das Auswärtige Amt geschickt hatten, kam niemand heraus. Wir bekamen auch nie eine Antwort.

Heute scheint Afghanistan fast vergessen zu sein. Auch die neue Regierung tut nicht genug, Menschen zu retten. Vor den Botschaften in Pakistan, dem Iran oder in der Türkei sind etliche Menschen gestrandet, deren Aufnahme verweigert oder verzögert wird. Vielen von ihnen droht die Rückschiebung nach Afghanistan.

Wer es auf eigene Faust nach Deutschland geschafft hat, wie die Familie eines Schulleiters und einer Lehrerin in Schweinfurt, wird über die unselige Dublin-Verordnung nach Rumänien, Bulgarien oder Kroatien zurückgeschoben, wo sie Gefängnis und schwere polizeiliche Gewalt erlebt haben. Wir haben viele von ihnen in den letzten Monaten in Kirchenasyl geschützt.

Wir fordern zum Jahrestag der Machtübernahme der Taliban die Bundesregierung auf:

- Etablieren Sie endlich ein funktionierendes Rettungssystem für die Ortskräfte und besonders gefährdete Menschen.
- erteilen Sie humanitäre Visa oder geben Asyl in den Botschaften
- holen Sie die besonders gefährdeten abgeschobenen Menschen zurück
- setzen Sie Dublin aus für afghanische Flüchtlinge, die es nach Europa geschafft haben.

Und wir warten immer noch auf die Entschuldigung der verantwortlichen Politiker und Beamten im Innen- und Außenministerium und im Bamf.

Husum/Nürnberg, 13.08.2022

Stephan Reichel